



Grünes Bündnis
www.gbbern.ch

Nr.13 | Oktober 2013

grün.

Stoppen wir die Spar-Schweinerei im
Kanton Bern



stand • 1

Hasim Sancar und
Regula Tschanz:

● **Kein Kahlschlag zu Lasten
von Menschen
mit Behinderung**

stand • 2

Cristina Anliker-Mansour:

● **Jeder Abbau bei der
Gemeinwesenarbeit ist
unverantwortlich!**

stand • 3

Christine Michel:

● **Budgetpolitik für eine
lebenswerte Stadt**

Hasim Sancar, Grossrat Grüne, und
Regula Tschanz, GB-Stadträtin, setzen
sich dafür ein, dass die Leistungen für
Menschen mit einem Betreuungs- und
Pflegebefehl erhalten bleiben.

Kein Kahlschlag zu Lasten von Menschen mit Behinderung

Im November wird der Grosse Rat über das grösste Sparpaket in der Geschichte des Kantons Bern beraten. Vom Leistungsabbau besonders betroffen sind Menschen mit einem Betreuungs- und Pflegebedarf. Der Abbau von bis zu 29 Mio. Franken bei Institutionen für Menschen mit einer Behinderung ist für die Grünen nicht akzeptabel.



Massiv von den Sparmassnahmen betroffen wäre die Stiftung Schulungs- und Wohnheime Rossfeld Bern.

Im kantonalen Finanzhaushalt klafft ein Loch von 450 Millionen Franken. Verursacht wurde dieses hauptsächlich durch die Steuerpolitik des bürgerlich dominierten

Grossen Rates und die Senkung der Motorfahrzeugsteuern.

Bis zu 29 Mio Franken sollen auf dem Buckel von Menschen mit einer Behinderung, den Verletzlichsten unserer Gesellschaft, gespart werden. Die Behinderteninstitutionen rechnen mit fast 400 Kündigungen von Arbeitsverhältnissen.

Menschen mit einer Behinderung sind von Sparmassnahmen in den Institutionen ganz direkt betroffen: Ihnen droht eine radikale Verschlechterung von Betreuung und Lebensqualität. Wenn der Grosse Rat in der Novembersession den entsprechenden Sparmassnahmen zustimmt, untergräbt er die Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen mit einer Behinderung. Es wird sie hart treffen – punkto Wohnqualität, Tagesgestaltung, Arbeit, sozialen Kontakten, Gesundheit, Bildung, Freizeit. Konkret heisst ein Abbau in den Institutionen zum Beispiel, dass das Beschäftigungs- und Freizeitangebot reduziert wird, dass Menschen mit hohem Assistenzbedarf nur noch einmal wöchentlich statt zwei bis drei Mal geduscht werden oder sie schon um 19 Uhr ins Bett müssen, weil weniger Personal zur Verfügung steht.

Menschen mit einer Behinderung und deren Betreuungsinstitutionen wehren sich zu Recht gegen den vorgesehenen Abbau und verdienen unsere Solidarität. Das Betreuungssystem für Menschen mit einer Behinderung darf nicht in die 1960er-Jahre zurückgeworfen werden. Die Stärke einer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwächsten. Dazu stehen wir.

Hasim Sançar, Grossrat Grüne, und Regula Tschanz, GB-Stadträtin

Vorstösse / Erfolge

● **Barrierefreier Webauftritt der Stadt Bern** gefordert: Heute regelt das Behindertengleichstellungsgesetz nicht mehr nur die Überwindung physischer Barrieren, sondern ganz allgemein den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. So müssen Informationen des Bundes im Internet für Menschen mit Sprach-, Hör- und Seh- oder motorischer Behinderung «barrierefrei» zugänglich sein. Bei den Gemeinden besteht Nachholbedarf. So wurde die Website der Stadt Bern im Jahr 2011 für Menschen mit einer Behinderung als «nicht geeig-

net» bewertet. Das soll sich ändern, denn gerade über die Gemeinde finden die meisten Kontakte zwischen BürgerInnen und Staat statt. Für viele Menschen verunmöglichen unzugängliche Webangebote aber eine chancengleiche Beteiligung am Gemeinwesen und mehr Selbstständigkeit. Mit einem Postulat setzt sich die Fraktion GB/JA! darum dafür ein, dass die Stadt Bern den Bedürfnissen von Menschen mit einer Behinderung bei der Internetkommunikation mehr Rechnung trägt.



«Das Grüne Bündnis ist erfreut, dass die Projekte «Arbeitsintegration in den Quartieren» wie beispielsweise die Villa Stucki, die Freizeitwerkstätte im Tscharnergut oder das SchülerInnen-Mittagstisch-Projekt GastroMurifeld, das auch über die Gemeindegrenze hinausgreift, erhalten bleiben werden.»

Cristina Anliker-Mansour,
GB-Stadträtin

Jeder Abbau bei der Gemeinwesenarbeit ist unverantwortlich!

Die drastischen Sparmassnahmen des Kantons Bern haben für die Stadt einen massiven Leistungsabbau zur Folge. Der einzigartige Mix an bezahlter und freiwillig geleisteter Arbeit, der für die Gemeinwesenarbeit entscheidend ist, wird durch die Sparvorgaben in seiner Existenz bedroht. Mit dem Vorstoss «Gemeinwesenarbeit in den Quartieren erhalten» vom Januar 2013 forderte das GB den Erhalt der wichtigen Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern.

Die Gemeinwesenarbeit leistet einen zentralen Beitrag zur Lebensqualität in den Berner Stadtteilen. Sie koordiniert, fördert und unterstützt Quartierprojekte, Gemeinschaftszentren, Quartiertreffpunkte und Beratungsstellen in der Stadt Bern. Die bedürfnisorientierten Angebote erreichen die gesteckten Ziele und sind bestens etabliert.

Das GB forderte in der Budgetdebatte den Erhalt der Gemeinwesenarbeit und brachte bereits einen konkreten Finanzierungsvorschlag: Da der Regie-

rungsrat vorschlägt, im kantonalen Steuergesetz den heutigen pauschalen Abzug für Berufskosten künftig nur noch bei effektiven Kosten zu gewähren, wird auch die Stadt Bern bereits ab 2014 Mehreinnahmen bei den Steuern von rund 2 Mio. Franken haben. Mit diesen Mehreinnahmen wäre der Erhalt der Gemeinwesenarbeit für 2014 sowie für die weiteren Jahre finanzierbar.

Leider sprach sich der Stadtrat gegen den Antrag aus und nahm damit die Streichung des Beitrags an den Verein «Spysi» und die Schliessung des Länggass-Träffs in Kauf.

Auch wenn im Stadtrat ein Teil des Betrages für die Gemeinwesenarbeit gerettet werden konnte, bleibt die städtische Gemeinwesenarbeit Opfer der unsinnigen Steuersenkungspolitik des bürgerlichen Kantonsrates.

Cristina Anliker-Mansour, GB-Stadträtin

Budgetpolitik für eine lebenswerte Stadt

Der Gemeinderat legte dem Stadtrat zwar ein ausgeglichenes Budget für das Jahr 2014 vor, dafür musste aber in allen Richtungen stark gespart werden. Dabei irritierte besonders, dass in der Vorlage für den vom Kanton gestrichenen Beitrag an die Gemeinwesenarbeit keine Kompensation vorgeschlagen wurde.

Das GB hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass die Stadt hier in die Bresche springen muss. Im Vorfeld hat das GB die bevorstehenden Sparmassnahmen des Kantons genauer analysiert und aufgezeigt, dass Sparmassnahmen des Kantons oft zu automatischen Einsparungen in den Gemeinden führen, da es sich meist um Verbundaufgaben handelt. Eine rot-grüne Stadt wie Bern soll diese Gelder jedoch nicht einfach einsparen, sondern sie einsetzen, um den Abbau von Sozialleistungen für ihre EinwohnerInnen abzufedern. Die Fraktion GB/JA! setzte deshalb in der Bud-

getdebatte einen klaren Schwerpunkt im Sozialbereich. Es gelang, Sparmassnahmen im Bereich der Aufgabenhilfe, der Unterstützung des Sportlagers Fiesch und leider nur zum Teil im Bereich der Volkshochschule rückgängig zu machen. Ebenfalls bleibt die gedruckte Version der Mitarbeitendenzeitung erhalten.

Einen weiteren Schwerpunkt setzte die Fraktion bei der Wohnpolitik. Neu sollen jedes Jahr die planerischen Voraussetzungen für 500 neue Wohnungen geschaffen sowie der Anteil an preisgünstigen Wohnungen im Besitz der Stadt auf 1000 gesteigert werden. Eine lebenswerte Stadt mit einem ausgebauten Service public, gutem Umweltschutz, einer guten Integrationspolitik sowie einer umweltschonenden Infrastruktur bildet auch in Zukunft die Leitplanke für die Budgetpolitik des GB.

Christine Michel, GB-Stadträtin



«Dem Stimmvolk wird am 24. November ein Budget mit einem Defizit im Promille-Bereich von 1,7 Mio. vorgelegt. Zudem hat die Stadt Bern in den letzten Jahren 49 Mio. Eigenkapital bilden und so ihren finanzpolitischen Spielraum erweitern können. Die Rettung der Gemeinwesenarbeit rechtfertigt ein solches Budget – das GB kann es mit gutem Gewissen zur Annahme empfehlen.»

Christine Michel, GB-Stadträtin

Veranstaltungen

● Mi, 27. November, WWF Bildungszentrum, 19.30 Uhr
Dein Körper gehört mir? Eine Podiumsdiskussion über aktuelle Debatten zum Schwangerschaftsabbruch

Das Podium wird von der AG Frauenpolitik und der AG macht des GB organisiert und findet im Rahmen der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» statt. Im Zentrum stehen Fragen wie: Was bedeutet die feministische Forderung nach dem «Recht auf Selbstbestimmung» im Jahr 2013? Wie lassen sich die aktuellen Abtreibungsdebatten vor dem Hintergrund reaktionärer politischer und religiöser Tendenzen verorten? Und was bedeuten die Entwicklungen der Pränataldiagnostik für eine linke, kritische Politik? Mehr Infos zum Podium und den weiteren Veranstaltungen der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen», die vom 25. Nov. bis am 10. Dez. in verschiedenen Schweizer Städten durchgeführt wird, unter www.gbbern.ch und www.16tage.ch.

● Mi, 4. Dezember, 13.30 – 17.30 Uhr, Kirchliches Zentrum Bürenpark, Bürenstrasse 8

Tagung «Plattform Behindertenpolitik»

Die von der kantonalen Behindertenkonferenz Bern organisierte Tagung hat zum Ziel, Berner Parteien mit den Behindertenkonferenzen zu vernetzen und den Austausch zu fördern. In Referaten werden Themen wie: «Als Behinderter in der Politik», «Was Parteien bieten, was sie fordern» und «Das Engagement der Behindertenkonferenzen» diskutiert. Mehr Infos auf www.gbbern.ch.

Arbeitsgruppen

Sekretariat

Grünes Bündnis Stadt Bern
 Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
 Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern.ch, www.gbbern.ch
 Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
<http://www.facebook.com/GruenesBuendnisBern>
 PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

● **Frauenpolitik**

7. November & 5. Dezember, Kontakt:
regula_buehlmann@bluewin.ch

● **Ökologie**

26. November, Kontakt: fragroba@gmx.ch

● **Internationales und Migration**

4. Dezember, Kontakt: asancar@bluewin.ch

● **Wirtschaft**

Kontakt: thomas.bauer@hotmail.ch

● **Bildungs- und Kulturpolitik**

18. November, Kontakt: regula.nyffeler@bluewin.ch

● **Leitender Ausschuss**

6. November, Kontakt: info@gbbern.ch

Impressum:

Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.

Abo-Preis: 20 Franken.

Redaktion:

Natalie Imboden, Sandra Julius, Johannes Künzler, Stéphanie Penher.

Fotos:

Bettina Betschart, Monika Flückiger, Natalie Imboden, Severin Nowacki.

Gestaltung: transform.ch

Druck:

Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.

Redaktionsschluss grün.
 Nr.14: 10. November 2013

schluss.

Open Data – Closed Minds

Unter dem Titel «Start in ein neues Zeitalter» berichtete «Der Bund»/«Tagi» am 3. September vom Open-Data-Projekt, das neu 400 Datensätze aus der Bundesverwaltung im Internet für alle frei zugänglich macht.

Rundum herrscht Enthusiasmus: «Jung, urban, technisch versiert und kreativ» rauschen die «typischen Einzelnutzer» laut Projektleiter Andreas Kellerhals durch diese Welt mit «grossem Potential für Innovation» (Widmer-Schlumpf). Die IT-Beratungsfirma «Itopia» spürt «Aufbruchstimmung». Von «Visionen» und «neuen Werten» wird geschwärmt sowie davon, dass dank Open Data «die öffentliche Diskussion belebt

werden könnte». So habe z. B. Politgeograf Michael Hermann dank einer OECD-Open-Source nachweisen können, dass sich in der Schweiz lebende AusländerInnen hier viel weniger diskriminiert fühlten als anderswo und es daher unrecht gewesen sei, dass die fremde Presse die Schweiz nach der Geschichte ums Badiverbot für Asylsuchende als rassistisch bezeichnet habe. Das ist allerdings rückwärtsgewandte Rechtfertigungsrhetorik, von Aufbruch spüre ich da nichts. Auch weitere Anwendungsbeispiele (aus England) wie etwa der «Kriminalitäts-Check» oder die App zur «Transparenz für Steuerzahler» sprechen eher von Angst, Ausschluss und Besitzstandwahrung als von einem guten Leben in einer solidarischen Gesellschaft. Open Data bietet sicher viele Chancen – werden bei der Nutzung aber weiterhin engstirnige Fragen gestellt, ist dieser technische Fortschritt keinen Deut wert.



Johannes Künzler,
 GB-Vizepräsident